Expertin: Islamkonferenz muss Räume für Tabuthemen schaffen

5. Dezember 2018



Berlin (KNA) Die Deutsche Islamkonferenz muss nach Ansicht von Islam-Expertin Sineb El Masrar (37) Diskussionsräume für die Tabuthemen der hier lebenden Muslime schaffen.



© Pixabay

Im Interview der „Welt“ (Dienstag) nannte die Buchautorin und Herausgeberin der Zeitschrift „Gazelle“ die folgenden drei Tabuthemen der muslimischen Gesellschaft: „Man kann nicht frei über die Familie sprechen, man kann nicht frei über Sexualität sprechen, und man kann nicht über das Thema Islam sprechen.“

El Masrar zeigte sich überzeugt, dass „eine Mehrheit der Muslime mit den Denk- und Sprachverboten enorm hadert“. Sie wollten einen Aufbruch und Emanzipation. Vor einer Diskussion über die Ausbildung von Imamen für Moscheen in Deutschland müsse man daher „klären, welche Inhalte die deutschen Institute die Imame lehren werden“, sagte die Deutsch-Marokkanerin.

Am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück, wo eine Imam-Ausbildung eingerichtet werden soll, könne sie „leider keinen Islam erkennen, der auf die Bedürfnisse der hier lebenden Muslime eingeht“, kritisierte die Publizistin. „Wie steht es um bireligiöse Ehen von Muslimas? Wird es den Imam-Segen geben? Wenn nein, warum?“, fragte sie und fügte hinzu: „Und lernen die Studenten, dass es auch säkulare Strömungen im Islam des 19. Jahrhunderts gab, die Forderungen nach einer Trennung von Staat und Religion erhoben? Wie verhält man sich zum Islamismus?“

Die Forderung nach deutschsprachigen Imamen werde hingegen überschätzt: „Es waren deutschsprachige Salafistenprediger, die bei den ihrer Muttersprache nicht mehr mächtigen

Migranten Nachkommen den Islamismus verbreitet haben. Deutsch ist darum nur bedingt ein Schlüssel zur besseren Integration.“

Angesprochen auf türkische und iranische Verbände wie Ditib, Milli Görus und den Dachverband der schiitischen Gemeinden in Deutschland sagte El Masrar: „Mit denen funktioniert es nicht.“ Das zeige sich zum Beispiel bei Vertretern dieser Organisationen in Hochschulbeiräten. Wenn es um die Besetzung von Fakultäten gehe, würden Ängste geschürt. Letztlich werde so auch die Wissenschaft behindert.

(KNA – slmko-89-00001)

Stand: 13. November 2026